

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

47 (25.2.1931)

Das blutige Bürgerkriegsspiel

Marburg an der Lahn, 24. Febr. Bei einer von den Nationalsozialisten in Odershausen veranstalteten Versammlung entwickelte sich zwischen Nationalsozialisten und politisch Andersdenkenden eine Schlägerei, bei der es 14 zum Teil schwer Verletzte gab.

Zittau, 24. Febr. Bei den schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei denen die Polizei wiederholt mit dem Gummiknüppel gegen die Menge vorgehen mußte, sind nach den bisherigen Feststellungen ein Unbeteiligter getötet, zwei Gendarmenbeamte und zwei städtische Polizeibeamte, sowie etwa 25 Demonstranten verletzt worden, darunter einige schwer. In der Meißner Stadt war die Polizei infolge der starken Bedrängung gezwungen, zwei scharfe Schüsse abzugeben, von denen einer einen Demonstranten in den Fuß traf. Er konnte sich in die nahegelegene Polizeiwache flüchten, wo er verbunden wurde. Der Getötete ist ein Schlosser namens Kalbe, der Mitglied der S.P.D. gewesen sein soll. Als mutmaßlicher Täter wurde von der Polizei ein vielfach vorbestrafter tschechischer Staatsangehöriger namens Kopahl festgenommen, der jedoch die Tat leugnet.

Stuttgart, 24. Febr. (Eia. Meldung). Am Montagabend kam es im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung in der Stadthalle wieder zu Zusammenstößen zwischen anrückenden uniformierten Nationalsozialisten und Kommunisten.

Feststellung planmäßiger Nazitumulte bei Reichstags-eröffnung

Berlin, 24. Febr. Zu den Berliner Straßentumulten bei der Reichstagsöffnung am 13. Oktober v. J. hat jetzt der preussische Innenminister in Beantwortung eines staatsparteilichen Antrags dem Landtag eine Mitteilung überfandt, in der es heißt, daß diese Ausschreitungen auf ein planmäßiges Vorgehen nationalsozialistischer Elemente zurückzuführen sind. Von den insgesamt 103 anwesenden Personen waren 39 Mitglieder der NSDAP, weitere 68 seien an, mit der NSDAP zu sympathisieren. Zwei waren Mitglieder des Stahlhelms, einer Mitglied der Roten Hilfe und drei Mitglieder der linken Parteien.

Franzen-Braunschweig vor dem Reichshaushaltsausschuß

In der Sitzung des Reichshaushaltsausschuß brachte Uba. Sotmann (Sos.) die Vorfälle in Braunschweig zur Sprache. Dort hätten nach Presseberichten nationalsozialistische Sturmtrupps angeblich Polizeidienste verrichtet. Als Folge ihrer Ausschreitungen sollen im Landeskrankenhaus 26 schwerverletzte Opfer liegen.

Reichsminister Dr. Wirth erwiderte, daß er lediglich durch die Presse Kenntnis von den Vorgängen in Braunschweig erhalten habe, die auch er sehr eigenartig finde. Es werde bereits morgen ein Schreiben an die braunschweigische Regierung abgehen, worin um nähere Mitteilung ersucht wird.

Berliner Versammlungsverbot für 25. Februar

Der Berliner Polizeipräsident hat der KPD, der SPD, mitgeteilt, daß er die von den Kommunisten für den 25. Februar geplanten Umzüge und Versammlungen verbietet.

Nazis im „Benderkampf“

Berlin, 25. Febr. (Sunddienst). Eine Versammlung der Kampfgemeinschaft der revolutionären Nationalsozialisten, das heißt der abgespaltenen Strahlergruppe, die am Dienstagabend in Berlin in den Sauerlandstraßen stattfand, wurde von den Nazis gesprengt. Es gab mehrere Verletzte. Kurz nach Beginn der Versammlung erschien eine SA-Abteilung und verhinderte Major a. D. Franzen, der über Vorgänge in der NSDAP sprechen sollte, solange am Reden, bis es zu einer allgemeinen Prügelei kam.

Beziehungszwischenfälle in Eschweiler

Eschweiler, 24. Febr. In der großen schwarz dekorierten Zechenhalle fand heute vormittag die Trauerfeier für die 32 Opfer der Eschweiler Bergwerkskatastrophe statt.

Nach den Einsegnungsfeierlichkeiten kam es am Friedhof zu einem Zwischenfall. Ein Vertreter der kommunistischen Gewerkschaftsopposition hielt an den Gräbern eine Rede, die sehr scharfe Bemerkungen enthielt. Von den anwesenden Polizeibeamten wurde er jedoch am Weiterreden verhindert und schließlich aus dem Friedhof zu verweisen.

Da die Menge mit Pfeilen und Wutrufen in einer Gegenrichtung schritt, wurde der Friedhof von der Polizei geräumt. Die Kommunisten marschierten hierauf unter Vorantreibung einer roten Fahne zum Marktplatz in Richtung, wo sie eine Kundgebung veranstalteten. Nach kurzer Zeit löste sich dann die Menge auf.

Die Urklage der Stuttgarter §218-Anklage

Stuttgart, 24. Febr. (Eia. Meldung). Ueber den Stand des Untersuchungsverfahrens gegen Dr. Friedrich Wolf und Frau Dr. Jakobowitz-Rienle können wir folgendes mitteilen: Dr. Friedrich Wolf hat heute in einer Unterredung mit dem Untersuchungsrichter erklärt, daß es nicht in seinem Sinne liegt, daß aus dem ganzen Fall so viel gemacht werde. Er wolle die Angelegenheit nicht auf das politische Gebiet schieben, sondern für sein Verhalten nur rechtliche und menschliche Gesichtspunkte geltend machen.

Das ganze Verfahren ist übrigens schon im Dezember vor. J. durch eine Anzeige gegen Frau Dr. Jakobowitz-Rienle ins Rollen gekommen, die mit dem §218 gar nichts zu tun hatte. Sie wurde der fahrlässigen Körperverletzung durch unachtsame Behandlung bei einer Frühgeburt beschuldigt. Bei den hierauf angelegten Ermittlungen kamen dann erst die anderen Tatbestände zur Kenntnis der Behörde. Die Verlesungen gegen § 218, die Frau Dr. Jakobowitz-Rienle zur Last gelegt werden, reichen zeitlich bis zum Jahre 1928 zurück. Es kam bei allen in ihrer Klinik ausgeführten Eingriffen nur ein Todesfall am 6. November vor. J. vor, an dem sie aber kein Verstoß gegen § 218 trifft, da das betreffende Mädchen vorher bei sich selbst einen Eingriff vorgenommen hat und erst danach die Klinik aufgesucht hat. Sämtliche anderen Fälle sind einwandfrei verlaufen.

Frauenforderungen an den Reichstag

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutscher Zweig, unterbreitete dem deutschen Reichstag für die laufende Legislaturperiode 12 Forderungen und hat um deren Verwirklichung. Die wichtigsten lauten: Angleichung der Reichsverfassung und der Reichsgesetzgebung an den Kelloggpaß, Orientierung der Wirtschaftspolitik am Bedürfnis der Konsumenten; Aufgabe der Schutzpolitik, Verbot der privaten Rassenzucht, des Waffenhandels und Waffentragens, Unterdrückung der Rassenzucht, Aushebung der Todesstrafe, Einführung der 40stündigen Arbeitswoche und Garantien für deren Durchführung u. a. m.

Neues Arbeitsgericht in Berlin

Das Berliner Arbeitsgericht besetzt Ende Februar ein neues Heim in den Räumen des ehemaligen Kriegsministeriums, Ecke Wilhelm- und Leipzigerstraße. Zum Transport der Akten sind nicht weniger als 200 große Möbelwagen eingesetzt worden.

Englisch-französische Flottenverständnisung

Im der französisch-italienische Konflikt jetzt wohl beseitigt?

Paris, 24. Febr. (Eia. Draht). Die französisch-englischen Flottenverhandlungen, die durch die Reise des Außenministers, Henderson, und den ersten Lord der Admiralität nach Paris einen starken Aufschwung erfahren haben, haben unmittelbar vor dem Abschluß. Am Dienstag verhandelten nur noch die Marineattachés der beiden Länder, ein Beweis dafür, daß man sich bis auf einige technischen Details einig geworden ist. Nach einem effizienten Frühstück am Quai d'Orsay traten die Sachverständigen erneut zu einer Sitzung zusammen, während Briand und Henderson noch einige Augenblicke in intimer Aussprache beieinander blieben. Kurz vor 5 Uhr begann in der englischen Botschaft die als abschließend angekündigte Vollendung aller Verhandlungsteilnehmer. Henderson und Alexander sind am Dienstagabend wieder nach London zurückgekehrt.

Der Kampf der letzten Stunde drehte sich um die Gesamttonnage und um den Verzicht Frankreichs auf einen geplanten neuen Panzerkreuzer. Vor allem aber hat man sich darüber geeinigt, daß Frankreich jetzt dem Londoner Flottenabkommen beitrifft, allerdings unter der ausdrücklichen Bedingung auf eine Garantiefolge, die ihm gestattet soll, seine Seerüstungen zu erhöhen, falls Italien versuchen würde, die jetzt noch bestehende Spanne von 150 000 Tonnen zwischen beiden Flotten zu vermindern.

Italien scheint über die Pariser Verhandlungen nicht direkt aus dem Laufenden gehalten worden zu sein. Trotzdem glauben die englischen Unterhändler versichern zu können, daß es sich damit einverstanden erklären dürfte.

Was nun aber die englischen Gegenleistungen anbelangt, die Frankreich aus seinen Konzessionen über die Seerüstung erhofft hatte, so scheint man in Paris wieder einmal die Rechnung etwas vorwärts gemacht zu haben. Wie verlautet, sollen sich die englischen

Unterhändler recht unzugänglich gezeigt zu haben. Sie sollen erklärt haben, daß Frankreich im Gegenteil dankbar sein müsse, weil es der englischen Vermittlung gelungen sei, den Flottenkrieg mit Italien aus der Welt zu schaffen.

Henderson und Alexander fahren nach Rom

London, 24. Febr. Wie Reuter meldet, reisen heute Abend Außenminister Henderson und der Erste Lord der Admiralität, Alexander, von Paris nach Rom ab, um dort die Flottenberechnungen fertig zu stellen.

Frankreichs Kriegsminister zur Küstungsfrage

Paris, 24. Febr. In der Kammerdebatte zum Heeresbudget erklärte Kriegsminister Maginot: Auf die Klauseln des Berliner Vertrages, durch die die deutschen Rüstungsbeschränkungen festgelegt wurden, könne nicht verzichtet werden und wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen würde, wäre Frankreich genötigt, seine Bewaffnung heranzuziehen. Man dürfe nicht lassen, daß alle Nationen auf den Fuß der Gleichberechtigung gestellt werden müßten. Wenn man die Kriegesgefahr zum Verschwinden bringen wolle, sei es nur gerecht, daß den früheren Anreizen die strengsten Beschränkungen auferlegt würden und daß Nationen, die nicht angegriffen hätten, nicht dulden dürften, daß die Beschränkungen des Berliner Vertrages in Frage gestellt würden. Unter diesen Umständen hätte ein von Frankreich alles tun, was von ihm abhängt, damit die nächste Abrüstungskonferenz zu einer Verständigung gelangen könne.

Der nächste Redner, der radikale Abg. Daladier, berechnete die Effektivstärke des französischen Heeres auf 550 000 Mann. Frankreich habe im ganzen jetzt 143 Divisionen Generäle und keine Armee Europas hätte einen so beträchtlichen Effektiveinsatz wie das französische Heer. Eine Abänderung der Militärorganisation sei notwendig.

Der sozialistische Redner Chouffet kritisierte scharf die großen Rüstungsausgaben.

Freistaat Baden

Nationalsozialistische „Kulturpolitik“

Der nationalsozialistische Führer kann es nicht umgehen, zum 150. Todestag des großen deutschen Schriftstellers und Dichters Gottfried Ephraim Lessing ein paar Bemerkungen zu veröffentlichen. Sie bedeuten letzten Endes jedoch nichts anderes als eine Abrüstung des großen Bannerträgers deutscher Kultur und deutscher Sprache, dem es die Nationalsozialisten nicht verzeihen können, daß er aus seiner freigeistigen weltbürgerlichen Einstellung heraus, ein ausgesprochenes Judenfreund war, der in seinem „Nathan“ ein unvergeßliches Denkmal menschlicher Toleranz errichtet hat. Lessing kann jedoch mit der Kritik noch zufrieden sein; denn läge sein Todestag nicht 150 Jahre zurück und wäre er, der Sprößling einer alten Pastorenfamilie, dem deutschen Volk nicht genügend bekannt, so läme er sehr schnell wegen seines Vornamens Ephraim (!) als Jude auf den nationalsozialistischen Index, wo er sich vielleicht ohnehin schon befindet.

Besser als der Vorkämpfer des deutschen klassischen Humanitätsgedankens kommt allerdings der evangelische Oberkirchenrat im nationalsozialistischen Führer weg, der in Antiteilnahme folgendermaßen angebeutelt wird:

Seppfarrer Eder ist endlich seines Dienstes enthoben. Der Entschluß dazu kam spät, doch soll man ihn loben. Der Oberkirchenrat hat den Herrn vom Amt suspendiert. Das heißt auf deutsch: aufgehängt!

Dem evangelischen Oberkirchenrat ist zu dieser Lobpreisung im Kampfplakat für nationalsozialistische Kultur zu gratulieren; denn er verdient diese Anerkennung in einem Maß, das in der gleichen Nummer dem großen Vertreter deutscher Geistesfreiheit und Kultur Gottfried Ephraim Lessing in gewohnter Weise schmählich.

Politische Kuppelei der Nazis

Dr. Adolfsell, 24. Febr. Im Hause des Reichstagsabgeordneten Dies vom Zentrum wurden die Feindkämpfer eingeschlagen. Als Täter wurden Angehörige der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ermittelt.

Felddiensthilfe von Hakenkreuzstudenten

Die Freiburger Volkswacht berichtet über eine Felddiensthilfe, die wieder unter der harmlosen Umschreibung „Geländepart“ am Samstag und Sonntag gefahren ist. Sie fand auf dem Hohen Schwarzwald, in der Gegend von Weilnaun statt. Vom Hauptbahnhof Freiburg aus fuhren rund 65 Mann, vom Wehrerbahnhof aus 42. Als Führer fungierte ein ehemaliger Offizier und heutiger Stahlhelmer namens Alten (oder von Alten). Dieser Herr ist der eigentliche technische Leiter des „Geländepart“, wie ihn die Abwehrverwaltung der Freiburger Universität beschloffen hat. Auch dieser Herr Alten hat mit der Universität gar nichts zu tun, er ist aber trotzdem als technischer Leiter für den „Geländepart“ der Hakenkreuzler- und Stahlhelmsstudenten tätig, ja er soll sogar für seine Mithenhaltung eine Tausentfüchsigung von 20 Mark erhalten.

Arbeiter, die das eigene Nest beschmutzen

Aus Leserkreisen wird uns geschrieben: „Das schöne Volkslied „Das Wandern ist des Müllers Lust“ ist durch die Diktatorhorden geschändet, zu einem Satz und Hohngesang gegen den von ihnen tödlich gehaltenen Minister Remmele, den „ehemaligen Müllerburj“, gemacht worden. Wenn es von den Grafen und Baronen, den hohen Offizieren und Beamten dieser „Arbeiterpartei“ geungen wird, oder von den jungen Herren, die auf unsern aus der fauer verdienten Steuergrößen der Arbeiter unterhaltenen Universitäten und Hochschulen ihre Zeit todschlagen, so ist das nicht weiter verwunderlich. Diese Kreise haben die schwierige Kunst nie sonderlich geschätzt, sie war ihnen immer ein Kennzeichen minderen Ranges. Aber die vereinselten Arbeiter, die dieser Partei immer noch nachlaufen, die Schuster, Schneider, Bäcker, Schloßer und Schmeide, die in den SA-Abteilungen für ihre hochgehorenen Hintermänner ihre Haut im Markte tragen — müssen sie es nicht als einen Faustschlag in ihr eigenes Gesicht empfinden, wenn diese Herrschaften ihre Beratungen, ihrem Sobn

und daß gegen den Minister nicht wirkungsvoller glauben zu druck geben zu können als durch seine Brandmarkung als fröhlicher Arbeiter? Würde ihnen nicht ein Licht aufgehen über die staatsrechtliche Rolle, die sie in dieser Partei spielen — einer „Arbeiterpartei“, in der ehrliche Handarbeit — als etwas „Verächtliches“ infamiert wird? Würden sie sich nicht die Frage vorlegen, ob unter einer solchen Gesellschaft wirklich der richtige Platz für einen Arbeiter ist? Aber nein — sumptuaria, abenteuerliche Rennen im Winter den falschen Freunden her, fühlen sich unglücklich, wenn sie in der Festhalle neben einem solchen besieren Herrn als „Geldbedürftige“ sitzen dürfen, schreien aus voller Kehle mit, wenn er tief in die Tasche greift, um „niederzuliegen“, und ahnen gar nicht, wie tief sie sich damit selbst in die Gosse ziehen. Das innere Selbstschließen, das die anderen für sie haben, die Frage, die hinter den freundschaftlichen Maske lauert — die leben sie nicht! Wohlhabend, Grotteste, über die man lachen müßte, wenn sie nicht zum Heulen wäre!

Der nationalsozialistische Millionenchwandel

Im Anschluß an unsere Feststellungen gegenüber dem neuesten nationalsozialistischen Millionenchwandel sind uns noch geblieben: Einwand zu den Feststellungen des Volksfreund sei noch ein Verstoß gegen die Beschränkungen. Wer hat hier zuerst und am entschiedensten immer wieder angelegt? Doch die Sozialdemokraten und wer ist ausgefallen, als es in der Stadt Halle um die Beschränkung der hohen Gehälter ging, als im Reichstag das Verfassungsausschusses vorgelegt wurde? Doch die Nationalsozialisten, der Errecher im Reichstag (Sprenger) nicht genug tun konnte und den wohlworbenern Rechten der Beamten! Warum werden die Zahlen für die hohen Beamten der Herren Generale angelegt, vergessen? Warum wird nicht festgestellt, daß inzwischen die Gehälter der fraglichen hohen Beamten gekürzt und die Ministergehälter durch Gehalt für die Einkunft aufgehoben wurden?

Das Kästchlein aber liefert die Aufmachung des Führers mit dem Hinweis: „Das deutsche Volk zählt an 146 Beamte, die gleichberechtigt sind, 1. das laufende Gehalt, 2. die Reichsrenten, 3. die Entschädigung für Ausschreitungen und 4. die Gehälter für die Beamten, die diese Abordneten-Beamtinnen vertreten müssen. Ei, wer hat die meisten Beamten in der Reichsrenten 31 an der Zahl? Wer kann also mit den meisten in der Reichsrenten die vierfache Belastung des Staates dienen? Doch die Nazi — die haben ja noch einen Beamten in ihrer Mitte, den Herrn Sprenger, der so den Rekord in der Diätenzahlungen schlägt, doch werden seinen sonstigen Besäßen in 5 Tagen 362,50 „Kaufkraft“ entzückungen im besonderen erhob, daß es sich sogar eine Forderung stellen lassen müßte!

Und solche Leute wollen als die Vertreter des neuen Reiches eines neuen besseren Geistes, als Drahtzieher einer anmaßlichen Korruption auftreten! Aberhand Abstand vor solchen Chamaeleonen gestalten! Und wenn es an den Versuch der Prosekution für Staat und Künstler geht, warum denn nicht auch an die Reichsrenten der Beträge für den Stimmensprozeß und das Reichsrentenverfahren, wo die nationalen Gestalten mit nicht kleineren Millionenbeträgen operiert haben? Weil man eben die Wahrheit, das allseitige Verbrechen, nicht liebt!

Der zweite Freiburger Weimarkt war trotz verschiedener unangenehmer Umstände ein voller Erfolg. Der Weimarkt war so gut, daß man sich für nächste Jahr überlegen muß, ob man nicht einen größeren Raum, einen die Festhalle, für die Abhaltung des Marktes wählen soll. Das wird besonders dann notwendig sein, wenn man einen für Weimarkt größeren Termin als gerade 3 Tage nach Palmsonntag wählt. Möglicherweise, den Markt nicht Ende Februar, sondern Ende März abzuhalten, wenn Freiburger Weimarkt vor aus dem Weimarkt, dem Reichsrentenverfahren, Markgräfertand und aus der Oranienau recht gut besucht. Za die Weimarkt zum größten Teil abbestellt sind, so berichten die Zeitungen, keine und keine mittlerer Preisklasse vor. Man hatte den Eindruck, daß die Freiburger Weimarkt teilweise als sehr langsam zu besetzen war. Wenn die 1930er Weimarkt auch die durchschnittliche Höhe er über nicht erreichen, so wurden doch auf dem Weimarkt sowohl in Kaffeehäusern, als auch in den Weimarkt-Kaffeehäusern aus herrlichem Weimarkt angeboten.

Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart

Die Amtszeit des Stuttgarter Oberbürgermeisters Dr. Paulsen schließt in diesem Jahr ab. Als Termin für die Neuwahl, bei der alle Gemeindevähler stimmberechtigt sind, ist Sonntag, den 28. April in Aussicht genommen. Es heißt, daß Dr. Paulsen, der jetzt 20 Jahre im Amt ist, bereit ist, sich noch einmal zur Neuwahl zu stellen.

Pfeift auf die hilflosen KPD.-Parolen

Meidet den Weltarbeitslosentag

Deutschlands Werkstätige müssen zur Sozialdemokratie stehen

Die „Führer“ der Kommunistischen Partei Deutschlands haben ihre Anhänger zur Beteiligung an einem „Weltarbeitslosentag“ aufgerufen. Wie sinnlos die von Moskau befohlene Kundgebung in Deutschland ist, zeigen die folgenden Betrachtungen, die auf Grund der letzten Vorgänge im Deutschen Reichstag gemacht werden konnten.

Die „Führer“ der Kommunistischen Partei Deutschlands stehen seit mehr als zehn Jahren unter dem Moskauer Diktat der 21 Punkte von Halle, nach denen die kommunistische Politik auch in Deutschland nur nach russisch-bolschewistischen Anweisungen gemacht werden darf. Die Exekutive der Dritten Internationale gibt nach wie vor die politischen Parolen aus, und so soll jetzt der „Weltarbeitslosentag“ durchgeführt werden.

Während eben die kommunistische Reichstagsfraktion durch ihren Sprecher, Abg. Torgler, im Reichstag die Regierung gefragt hat, was sie zum Schutze der republikanischen Verfassung, des freien Wahlrechts und der Gesetzlichkeit gegen putschistische Bestrebungen gewisser bürgerlicher Kreise zu tun gedenkt, fordert das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei durch die Exekutive der Dritten Internationale selbst zu Ungesetzlichkeiten auf. Das Zentralkomitee verlangt von seinen Anhängern anlässlich des „Weltarbeitslosentages“, eventuelle Demonstrieren zu durchbrechen, es verlangt, den Anweisungen der staatlichen Schutzorgane nicht Folge zu leisten und es auf gewalttätige Auseinandersetzungen ankommen zu lassen.

Daß die Arbeiter, die sich von der KPD.-„Führung“ zu solchen Ungesetzlichkeiten verleiten lassen, schwer geschädigt werden können, ist den Moskauer Drahtziehern gleichgültig.

Wir als Sozialdemokraten warnen die kommunistischen Anhänger, den Moskauer Parolen zum „Weltarbeitslosentag“ Folge zu leisten. Auch der letzte sozialdemokratische Funktionär weiß, wie furchtbar die Not aller Arbeitslosen ist. Die Öffentlichkeit Deutschlands und der ganzen Welt kennt die Massennot des deutschen, rund fünf Millionen zählenden Arbeitslosenheeres.

Tag für Tag kämpft die Sozialdemokratische Partei unter Aufbietung ihrer ganzen Kraft — sei es in den Reichs-, Länder- und Gemeindeparlamenten, sei es in öffentlichen und nichtöffentlichen Körperschaften —

das schlimmste Winterelend zu bezwingen

Das Auftreten der kommunistischen „Führer“ im Reichstag seit dem 14. September hat gezeigt, daß sie unfähig, hilflos und ohnmächtig der Sozialreaktion gegenüberstehen

Die reaktionären Reichstagsabgeordneten nehmen die Kommunistische Partei von heute gar nicht mehr ernst. Als kürzlich ein kommunistischer Abgeordneter das Wort ergriff, da konnten es die Herren auf der rechten Seite des Hauses wagen, dem Redner demonstrativ den Rücken zuzuwenden. Stehend lasen die Deutschnationalen und Hakenkreuzler so ihre Zeitung, sie unterhielten sich laut und gaben ihrer Nichtachtung des kommunistischen Redners Ausdruck. Schweigend und hilflos mußten sich alle kommunistischen Abgeordneten diese Behandlung gefallen lassen. Sie wußten nichts anderes als — auf die Sozialdemokratie zu schimpfen.

Dabei bildeten seit dem Zusammentritt des neuen Reichstages Hitler-Fraktion, Kommunisten und Herr Hugenberg bis zum Auszug der reaktionären Abgeordneten eine einzige Front gegen Republik und Sozialdemokratie.

Sie hätten zu gern gemeinsam das Chaos herbeigeführt, in dem es für die Millionen Erwerbslosen und Werkstätigen nur graues Elend gibt

Die Sozialdemokratie hat die Hitler-Thälmann-Hugenberg-Front wirkungslos gemacht, nicht um der Brüning-Regierung zu dienen, sondern um den Zusammenbruch aller wirtschaftlichen, kulturellen und finanziellen Ordnung abzuwehren.

Die neue „proletarische“ Aufmachung der kommunistischen Redner im Reichstag — sie erschienen zum Beispiel mit Halstuch — macht auf die Reaktion gar keinen Eindruck. Beifall und Aufmerksamkeit sind für den kommunistischen Redner, selbst auf den

Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften haben gemeinsam die Erwerbslosenfürsorge und spätere Arbeitslosenversicherung schaffen helfen. Es muß alles darangesetzt werden, wenigstens diese Unterstützungseinrichtung zu erhalten und auszubauen, wo es notwendig ist. Deshalb setzt sich die Sozialdemokratie für die parlamentarische Erledigung des Reichshaushalts ein. Geordnete Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden sind die erste Voraussetzung für jede Sozialpolitik und für die Aufbringung aller Mittel dazu. Wenn es sich um Geld handelt, dann helfen keine Phrasen und Parolen, mögen sie noch so schön in Moskau zurechtgeschustert sein. Da hilft nur die Bewilligung der Gelder durch eine dazu bereite Volksvertretung, die auch für die notwendige Deckung sorgt.

Schlimm und furchtbar stünde es um das Schicksal der Millionen Arbeitslosen, wenn Deutschlands Finanzen zusammenbrächen und das allgemeine Chaos jegliche Wohlfahrt vernichtete. Das Elend, das dann kommen würde, ist nicht auszudenken.

In den Strudel gerissen

würden nicht nur die Arbeitslosen, das Chaos würde ebenso schwer die Arbeitenden treffen, denn die letzten Dämme gegen weiteren Lohnabbau wären dann zerstört. Soll die Organisationskraft der Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften dieses Elend verhindern, so ist dazu vor allem nötig, daß

das schaffende Volk Deutschlands geschlossen zur Sozialdemokratie

steht. Jeder muß die Phraseure der Bolschewisten und Nationalisten zurückweisen. Was heute an Fürsorge und Wohlfahrt in Deutschland vorhanden ist, das ist das Werk der Sozialdemokratie. In jahrzehntelangen Kämpfen hat sie die entehrende Armenpflege überwunden und das Recht aller auf Wohlfahrt erstritten. Sie wird das Bestehende verteidigen und nach wie vor für Verbesserungen kämpfen. Her zu ihr!

Bänken der Kommunisten, sehr gering. Man merkt täglich und stündlich, daß es diesen „Arbeiterführer“ nicht allzu ernst ist mit der Vertretung der Arbeiterinteressen.

Die kommunistische Unfähigkeit hat sich nicht nur im Konsumverein Halle erwiesen, der bekanntlich zusammengebrochen ist, diese Unfähigkeit zeigt sich auch im Deutschen Reichstag. Irgendeinen sachlichen Erfolg für die Arbeiterschaft haben sie nicht aufzuweisen —

dafür führen sich die Kommunisten als Spaßmacher des Bürgertums und der Reichstagstribünen auf

Sie hielten es z. B. für angebracht, dem Reichstagspräsidenten einen Polizeischako und Gummiknüppel zu überreichen, nachdem die Geschäftsordnung abgeändert war. Das ganze Haus amüsierte sich darüber — sonst hatten die Kommunisten damit nichts erreicht. Auch ihre „Anklagen“ gegen die „Gewerkschaftsbürokratie“ verpufften wirkungslos.

Nicht einmal die Hälfte der kommunistischen Fraktion hält es für nötig, so eine Schimpfkanonade ihres eigenen Redners anzuhören.

Aber die Gesichter der im Saale verbliebenen kommunistischen Abgeordneten strahlten, wenn ihr Redner frech und verlogen davon zu sprechen wagte, daß die „Gewerkschaften in die Front der Großkapitalisten“ eingeschwenkt seien. Es schreit zum Himmel, was diese kommunistischen „Arbeiterführer“ ihren Anhängern als „Arbeiterpolitik“ zu bieten wagen. In der Beschimpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften sind sie groß. Aber

weder die bürgerliche Regierung noch die reaktionären Abgeordneten hören das Gewäsch der Kommunisten an.

Wenn dagegen Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag das Wort ergreifen, dann füllt sich der Plenarsaal, Abgeordnete und Minister verfolgen mit aller Aufmerksamkeit, was die sozialdemokratischen Redner zu sagen haben.

Der sozialdemokratischen Massenpartei bringen auch die gehässigsten Gegner Respekt entgegen

Die Pressejournalisten des In- und Auslandes, die die Weltöffentlichkeit vertreten, spitzen die Ohren und geben ihrem Respekt unverhohlenen Ausdruck. So schrieb jüngst z. B. die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das bekannte Berliner Kapitalistenorgan, in einem Artikel, der sich mit der faschistischen Bewegung befaßte, es habe

die Sozialdemokratie eine systematische Gegenaktion eingeleitet, die immer mehr das beherrschende Moment der innerpolitischen Lage werde.

Ein anderes Organ der Rechten, die „Volkskonservativen Stimmen“, stellte fest, daß eine innere Erneuerung und Festigung des marxistischen Sozialismus zu verzeichnen sei, eine

Zunehmende Reorganisation und Aktivierung der SPD.

die die Voraussetzung für jeden politischen Erfolg neu sich erworben habe; den Willen zum Kampf und den Glauben an den Sieg!

Diese Stimmen reaktionärer Blätter sprechen Bände. Sie zeigen jedem Erwerbslosen, wo die starken Wurzeln seiner Kraft zu suchen sind.

Nicht sinnlose „Welterwerbslosentage“

führen zu besseren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zuständen, sondern nur richtige Anwendung aller demokratischen Staatsrechte seitens der in einer Front unter sozialdemokratischer Führung marschierenden gesamten deutschen Arbeiterklasse.

Das weiß niemand genauer als die Führer der KPD., die aber, weil sie völlig nach der Moskauer Flöte tanzen müssen, nicht zugeben dürfen, daß sie die Arbeiterklasse nur auf Irrwege führen.

Als jüngst die angeblich „vergewaltigten“ Nazis und Hugenberg aus dem Reichstag türmten, trennten sich die Kommunisten von den Rechtsradikalen, deren Katastrophenpolitik bisher in den Kommunisten allergetreueste Helfershelfer fand. Jetzt erklärten die Kommunisten, daß sie von der Tribüne des Reichstags aus weiterkämpfen werden.

Das ist der Triumph des demokratischen, parlamentarischen Systems

Seit mehr als zehn Jahren haben die Kommunisten gehässig gegen Parlament, Republik und Verfassung gekämpft. Jetzt beginnen sie endlich den Wert des Reichstags und der Republik anzuerkennen. Jetzt bringen sie sogar zum Schutze des von ihnen soviel gelästerten allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts Interpellationen ein. Sollen das nicht schlechte Scherze sein, meinen es die Kommunisten ernst mit den Interpellationen zum Schutze der Verfassung, des Wahlrechts und Parlaments, dann bestätigen sie mit einem Schlage

die Richtigkeit der sozialdemokratischen Politik, die Verfehlung der unfähigen Politik der KPD.

Die Arbeiterschaft, die den Weg zum Aufstieg will, muß über die hilflosen, unfähigen und ohnmächtigen Kommunisten „Führer“ zur Tagesordnung übergehen. Sie kann ihren Weg nur gehen, wenn sie einig ist, das heißt wenn sie die Kommunisten überwindet. Die Arbeitslosen, die jetzt wieder einmal mißbraucht werden sollen, die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, mögen sich gesagt sein lassen, daß die Entwicklung der Wirtschaft zum Sozialismus führt. Diese Entwicklung durch eine Klassenpolitik der Vernunft zu beschleunigen, das ist Sache der gesamten Arbeiterklasse, insbesondere aller Arbeitslosen, denen mit aller Eindringlichkeit zugerufen sei:

Eure Interessen, ihr Erwerbslosen, liegen nur bei der Sozialdemokratischen Partei

Partei-Nachrichten

Reutard: Erfreulicherweise hat sich ein Teil der hiesigen Arbeiter...

Leuten. Die Sozialdemokratische Partei sowie die Gewerkschaften...

Aus dem Gerichtssaal

Reichsgericht lehnt Revisionsgesuch Schneiders ab

Reutard, 24. Febr. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts...

Ein Tendenzurteil

Reutard, 23. Febr. (Sig. Droßh.) Ein Tendenzurteil hat...

Der Bürkle-Prozess

Reutard, 24. Febr. Vor dem erweiterten Schöffengericht...

Aus aller Welt

14 Häuser in der Provinz Trient durch Lawinen zerstört

Trient, 23. Febr. Durch Lawinen wurden gestern in den Alpen...

Frau Alfred Krupp gestorben

Essen, 24. Febr. Frau Geheimrat Alfred Krupp ist heute nach...

Lawinenunglück

Jeremath, 24. Febr. Am Monte Rosa sind drei deutsche Touristen...

Blutiges Fußballspiel

Birmans, 24. Febr. Am Sonntag fand auf dem Sportplatz...

Selbstmordversuch im Hause des Reichspräsidenten

Berlin, 24. Febr. Im Palais des Reichspräsidenten wurde...

Von der Bodenseefischfabrik

Friedrichshafen, 24. Febr. Der dieser Tage vorgelommene...

Durch einen Beschluss des französischen Justizministeriums...



Der Dichtersohn Friedrich Wolf in Stuttgart verhaftet...

gläubiger, Artur Liebers, Lugano, dessen Guthaben bei dem Bank...

Fahrraddieb

im Karlsruhe, 24. Febr. Wegen Fahrraddiebstahls im Rückfall...

Betrug und Meineid

Seidelberg, 24. Febr. Vor dem hiesigen Schwurgericht hat ein...

Die Schwenninger Gasexplosion

Zu dem Schwenninger Unglücksfall gibt der Polizeibericht folgendes...

Englands Gentleman-Mentalität

Im Anschluß an den Wahltag der Labour Party im Londoner...

Englische Kriegsteilnehmer und Remarque-Film

Ein Urteil über die nationalsozialistische Hege in Deutschland...

Aus London wird uns geschrieben: Das Verbot des Remarque-Films...

Die unterzeichneten Abgeordneten und Kriegsteilnehmer haben...

Unterschieden ist diese Erklärung von folgenden Abgeordneten...

Auskünfte der Redaktion

A. B. Söllingen. In der Reichstagsstimmung vom 9. November...

Verredaktion: Georg Schöpplin, Verantwortlich: Volpert, Friedrich...

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Vorkriegspreis! Tube 60 Pf. u. 1 Mk. 54 Pf. 90 Pf.

Kleine bad. Chronik

Beim Eisfahren verunglückt

Ottensheim. Der 10jährige Sohn Herbert des Wirtes am „Erbsbrunnen“, Johann Sattel, wollte oberhalb des Gasthauses beim Eisfahren einen Graben überqueren. Der Junge kam zu Fall und zog sich einen komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels zu.

Unterzombach. Hier hat die Zigarrenfabrik Lindauer u. Co. den Betrieb wieder voll aufgenommen. — Obwohl auch anderwärts die Betriebe der Zigarrenbranche teilweise die Arbeit wieder aufgenommen haben, bestehen im Bereiche des Arbeitsamtsbezirks Bruchsal immer noch 7000 Personen die Lebensunterstützung.

Talernbach (bei Wiesloch). Der 20jährige Maler Heinz Schaal stürzte die Hausstreppe hinauf. In der Toppentasche hatte er einen Schraubenzieher stecken, der ihm bei dem unglücklichen Sturz durch die Rippen in die Lunge eindrang. Er mußte sofort in das Badelberger Krankenhaus verbracht werden, wo er mit lebensgefährlichen Verletzungen darzubereitet.

Mannheim. Bei dem Fußballspiel zwischen Pönnitz Mannheim und Feudenheim, das den Faschisten einen imponierenden 2:1 Sieg brachte, kam es auf dem Pönnitzvorplatz zu einer Schlägerei unter den Zuschauern, so daß das Heberfallkommando gerufen werden mußte. Das Feudenheimer Publikum drohte den Schiedsrichter zu lynchen. Die Polizeibeamten geleiteten den gefährdeten Schiedsrichter Bachmann-Durlach in den Gerberoberaum, um ihn dem Zugriff der erregten „Sportleute“ zu entziehen.

Freiburg. Wie der Polizeibericht meldet, wurden hier vier Personen wegen Verstoßes des Kaufguthandels festgenommen. Wie wir dazu erfahren, erfolgte die Festnahme auf Veranlassung des Polizeipräsidenten Stutzart, das an die badischen Behörden ein Fahndungsausschreiben gerichtet hatte. Bekanntlich bietet Baden infolge seiner langgestreckten Grenzen im Süden und Westen den Kaufguthändlern manche Uebergangsgelegenheit über das Reichsgebiet. Die Schmuggler unterhalten erfahrungsgemäß enge Beziehungen zu Schweizer und französischen Kaufguthändlern, wobei sie sich auch in Baden mit den deutschen Abnehmern zu treffen pflegen. In den letzten Jahren ist es deshalb schon mehrfach geschehen, Kaufguthändler und Händler im entscheidenden Augenblick abzufassen.

Wittenau (Freiburg). Das in der Nähe der Kirche und des Rathauses gelegene häuerliche Anwesen des Gastwirts Emil Stöbel wurde ein Opfer der Flammen. Die Ursache war ein schadhafter Kamin. Der Gebäudeschaden beträgt 15 000 M., der Fahrzeugschaden 5000 M.

Mollensweiler. Berganzenes Samstag kam der Landwirt und Gemeindevorstand Adolf Danner aus Reutereberg, der mit zwei schwer beladenen Wagen auf der Heimfahrt begriffen war, beim Bremsen zu unglücklich zu Fall, daß die Räder des zweiten Wagens ihn über den Brustkorb weggingen. Der Verunglückte wurde in schwerem Zustand ins Reiburger Krankenhaus verbracht.

Schopfheim. Montag nachmittag erkante sich in seiner Wohnung der Häcker Edwin Braun. Was diesen Mann in den Tod getrieben hat, ist noch nicht ermittelt.

Brombach. Montag früh gegen 9 Uhr fürzte der 65 Jahre alte Bauwirt Karl Schögl in vom Seeboden auf die Tanne und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er bereits zwei Stunden später verstarb.

Hilfshurk

„Achtung! Stillgestanden! Mal hierher hören!
Alle haben ihre Schnauze zu halten!
Ist etwas — ääh — vorzuekommen!
14. September großer Sieg gehabt. Heil!
Jedenfalls — ääh — auch Geld genug gekostet!
Ein Genosse — ääh — jedenfalls in Not gewesen.
Erinnere an — ääh — Schweinepflicht.
Die rote Kotte braucht nicht in unsere Wurfkühle rein-
schmeißen.
Ist Privatjache! Ist nicht Parteijache! Ist nicht der
Rebe wert!
Ist Bogatellische von wegen die paar Lappigen — ääh —
taulend!
Jedenfalls verdammte Judenlammels dran schuld.
Ist Ehrenjache von Genosse, sich selber rauskaffern.
14. September Opfer wert.
Ist nicht nötig, Worte zu verlieren.
Was anständige Kerls Presse gehalten und nicht die Klappe
aufkiffen wegen die paar lappigen Kräten.
Hilfshurk! Weggetreten!“

So ungefähr sollte die Sache ausgehen. Aber wessen Ders voll ist, dem geht der Mund über. Die Sache steht nicht so schlimm aus. Man spricht von 30 000—40 000 M., sogar von 45 000. Aufseiner hat es der Kritiker von der Köhler Zeitung nicht recht wissen wollen. Wie man hört, haben die Herren Gauckler oder Beslersturmführer schon Jungensöhne. Es dürften noch einige fürmliche Bauernvereinsversammlungen geben in Hilfshurk, aber noch sind nicht alle Delegierten vom Hilfshurk befallen. Vielleicht könnte Herr Stengel (Eisenbahnbeamter) den Verteilungsplan veröffentlichen, damit man erfährt von wem die notleidende Landwirtschaft am härtesten belastet wird, von der Republik oder vom 3. Reich! Doch eine solche reiche Gemeinde Zuschuß vom Reich erhält zur Gründung einer Dreißiggenossenschaft, ist nicht zu begreifen. Da wären die viel ärmeren Rheinorte unterer Ansicht nach eher bedürftig. Es mundiert uns witzig, daß die Nazis im Gemeinderat, die 200 RM. nicht sofort abgelehnt haben. Sie sagten, so leicht sind auch mit Wasser und abgemessen kann man in die Suppe mit Fehl- betragen aus der Bauernvereinskasse. Ja, wenn Sped hier wäre, dann wären die Delegierten Bauern die Geheiligsten, denn sie haben die größten Säue. Das ist doch gemiß eine Saueret, wenn eine Kasse eine solche Saueret aufweist. Na, dafür ist diese auch von einem Hilfshurk geführt worden.
Heil! Heil!

Wüste Ausschreitungen von Nazis bei einem Kaffatter Maskenball

Obgleich wir in unserer Ausgabe vom letzten Freitag von uns aus, freiwillig, eine Richtfeststellung des am Donnerstag abgehaltenen Maskenballs gebracht haben, und obgleich uns telephonisch von befreundeter Seite mitgeteilt wird, daß Herr Heuer-Baden-Baden die Angelegenheit mit unserer freiwillig abgegebenen Erklärung für erledigt betrachtete, besteht ein Rechtsanwalt aus Baden-Baden auf Veröffentlichung folgender

Berichtigung:

Der in unserer Ausgabe vom 19. Februar 1931 Seite 9 unter dem Artikel „Wüste Ausschreitungen von Nazis bei einem Kaffatter Maskenball“ erschienene Bericht entspricht nicht den Tatsachen. Es wird nicht mehr hier festgesetzt, daß Herr Heuer, der übrigens nicht Anwalt, sondern Angestellter der Firma Pelzbauers Frieda Heuer in Baden-Baden ist, nicht Mitglied der NSDAP ist und sich an etwaigen Ausschreitungen und Intemperenzen von Juden in keiner Weise beteiligt hat. Vielmehr lag gerade Herr Heuer an dem Tische einiger jüdischer Geschäftsfreunde und mußte sich selbst das Betragen einiger Herren seiner mit Juden tanzenben Frau gegenüber verhalten. Die Handverletzung des Herrn Heuer rührt aus einer eigenen Unvorsichtigkeit her, die nicht „im Uebereifer des Kampfes gegen die Juden“ entstanden ist.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedspruch in der badischen Textilindustrie

Freiburg, 24. Febr. Das heute unter dem Vorsitz des stellv. Schlichters, Oberbürgermeister Hane Winkel, hier zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten in der badischen Textilindustrie zusammengetretene Schiedsgericht fällte nach siebenstündigen Verhandlungen einen Schiedspruch, der eine Kürzung der bisher zulässigen Säue um 5 Prozent vorseht und zwar sowohl der Zeitlöhne wie der Akkordlohnverhältnisse des bisherigen Tarifs. Das Urkommen gilt bis 1. Oktober 1931. Der Schiedspruch sieht ferner den allmählichen Abbau der bisher noch bestehenden Mindestlöhne vor.

Verbindlichkeit des Metall-Industrie-Schiedspruchs

Frankfurt, 24. Febr. Der Schiedspruch vom 5. Februar über das Lohnabkommen in der Metallindustrie für Hessen-Nassau, Hessen und angrenzende Gebiete ist vom Schlichter Dr. Rimmich unterm 22. Februar für verbindlich erklärt worden.

Die Berliner Metallindustriellen kündigen Angeklettertarif. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den bestehenden Angeklettertarif zum 31. März 1931 gekündigt. Etwa 60—70 000 Angestellte sind in diesem Tariftage betroffen.

Reichspost kündigt Lohnvertrag

Wie die Reichsbahn so hat nun auch die Reichspost den Lohnvertrag zu Ende März gekündigt. — Wo alles die Löhne fürst, können natürlich Reichsbahn und Reichspost allein nicht zurechtfinden. Sie benutzen die erste freie Gelegenheit, um in die Lohnabkündigung des Unternehmens einzuschwenken. Bei der Reichsbahn ist das besonders bedauerlich, weil dort die Postfachleute ja bereits einen recht empfindlichen Lohnabbau darstellten.

Der Kampf in der Rheinschiffahrt

Die Verhandlungen im Tarifstreit der Rheinschiffahrt, die am Montag nachmittag in Rorward stattfanden, sind ergebnislos verlaufen.

Die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der deutschen Rheinschiffahrt wird von den Reedern trotz der Annahmegerung ihrer Forderungen nach wie vor unentwärt mit dem Hinweis auf die „internationale Konkurrenz“ in der Rheinschiffahrt zu begründen versucht. Gegenüber dieser Rechtfertigung ist nichts anderes übrig, als immer wieder den Schweiß der Forderungen aufzuweisen. Man kann sich dabei auch auf das Gutachten der Rheinkommission stützen. Nach dem „Rheinautachten“ steht es einwandfrei fest, daß der Einfluß der deutschen Schiffsahrtunternehmen weit über den im deutschen Eigentum befindlichen Teil der ausländischen Flotte hinausreicht. Dabei ist zu beachten, daß die Untersuchungen der „Rheinkommission“ noch viele internationale Kapitalverbindungen der deutschen Rheinschiffahrt nicht aufgedeckt haben. Man übertriebt jedenfalls nicht, wenn man darauf hinweist, daß 75 Prozent der holländischen Reedereitonnage und 78 Prozent der holländischen Schlepptonnage sich in den Händen deutscher Unternehmer befinden. Die deutschen Rheinschiffahrer sind also selbst die sich Konkurrenz machen. Niemand wird den Reedern glauben, daß sie mit Rücksicht auf die „internationale Konkurrenz“ gezwungen seien, eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Rheinschiffahrt zu fordern.

Die Verhandlungen in der Rheinschiffahrt gescheitert

Essen, 24. Febr. Die Verhandlungen, die zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebervertretern der Rheinschiffahrt über die Neuregelung des Lohn- und Rahmentarifs geführt wurden, mükten ohne Ergebnis abgebrochen werden.

Arbeitszeit und Jurisferei!

Vom Badischen Maler- und Lünchermeisterverband wird uns geschrieben:

Unter dieser Bezeichnung veröffentlicht der Bezirk Karlsruhe des Bad. Maler- und Lünchermeisterverbandes in seinem Organ Der Malermeister Nr. 1 vom 15. Januar 1931 eine Abhandlung. Hierin war die Stellungnahme einer Abteilung des Amtsgerichts Karlsruhe (Hertenstr. 11) in Bezug auf Auslegung des Arbeitszeitgesetzes und eine damit verbundene Berufsverbandsabhandlung Gegenstand der Betrachtung. Ueber die Befassung grundsätzlicher Verhältnisse (Berufsausübung und Arbeitszeitgesetz) und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist ziemlich wenig, weil das Schädigende beide Teile trifft. Die Auslegung des Entgeltgesetzes in erster Instanz konnte aber trotzdem von Arbeitgeberseite nicht ausgehen werden, weil dort nicht das Grundgesetz bestritten wurde, sondern mehr der Angriff des Richterlichen hervorzuheben. Weiteres bestand darin, daß der amtierende Richter einige der Kreuzungen (die Bezahlung der angelegten Meister) durch Suggestivfragen so weit brachte, daß diese durch Auslagen, die Uebertragung zuerst vermeintend oder abgemessen, dann zugaben, mitunter täglich eine halbe bis eine volle Stunde überarbeitet zu haben. Diese Auslagen genügen, um auch hier das „Schuldbild“ auszusprechen. Das war der Kernpunkt der Kritik.

Auf diese Weise lassen sich solche Auswüchse nicht beseitigen, ohne ein endloser Kartenschmerz zu werden, außerdem kann dies auch ganz und gar nicht dazu beitragen eine Wirkung zu erzielen. Theorie und Praxis sind immer grundverschieden. Wären tatsächlich damals nur Fälle großer Verhältnisse zur Beurteilung gekommen, so hätten die Organisations der selbständigen Malermeister nur begrüßt, daß endlich einmal der Anfang gemacht wird, diesen Schädlingen das Handwerk zu legen. Die vorliegenden Fälle an sich waren nicht der Grund zu einer Berufung, sondern einzig und allein die mehr wie komische Auslegung des Arbeitszeitgesetzes durch Richter und Staatsanwalt erster Instanz.

Der Vorsitzende des Bezirkes Karlsruhe des Bad. Maler- und Lünchermeisterverbandes und Verfasser jenes Artikels im Malermeister Herr Malermeister K. Haag, Karlsruhe, veranlaßte daher zwei Kollegen (Halle leichterer Art) Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil einzulegen, weil eben durch die Auslegung erster Instanz für die Arbeitgeber im Malerberuf eine Preisvermehrung entstanden war, die ihre Klärung finden mußte. Das geschah durch die Berufungsinflanz vor der II. Strafkammer des Landgerichts. Dort erfolgte Freispruch. Die Auslegung vor der Berufungsinflanz lautete doch etwas anders als bei den jüngeren Herren erster Instanz. Das allein war das Maßgebende der Berufung. Wenn auch dort Freispruch erfolgt ist, wo es erst, nicht am Platze war, so konnte es nur daher kommen, daß ein Fall für alle drei vorgekommenen Fälle galt. Dafür kann aber die Dramatization der Malermeister nicht hochher gemacht werden.

In der Nr. 36 des Karlsruher Volksfreundes vom 12. Februar erfolgte öffentliche Erwiderung auf die Abhandlung „Arbeitszeit und Jurisferei“ im Organ Der Malermeister muß die Unachtsamkeit kritisiert werden. Der vernünftige Verfasser der Erwiderung, der Leiter der Poststelle Karlsruhe des Deutschen Malerverbandes weiß recht gut um die Einstellung des Artikelverfassers und des Veranlassers der Berufung in Bezug auf Berufsfragen der Malerbranche (Arbeitgeber und -nehmer). Es lag weit entfernt, jenen Artikel im Malermeister als Agitationsmaterial zu benutzen, viel weniger als vielleicht der Artikel der Erwiderung im Volksfreund. Auch

von einer Beschönigung des Berufungsurteils im Artikel „Der Malermeister“ kann keine Rede sein, wenn man das Prinzipielle, und nicht den oder die Fälle betrachtet. In der Erwiderung wurde außerdem auch all das unerwähnt gelassen, worüber sich gerade die Verfasser beider Abhandlungen vollkommen einig sind (persönlich, und worüber wohl in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen im Maler- und Lüncherberuf die Solidarität herrschen dürfte.

Während die Verleumdungsjücherei von der Meisterseite betrieben wird, ist es auch am Platze einmal bezüglich der Arbeitseilfertigkeit der Meister für den Maler sehr lange ist, die selbst ihre Meister veranlassen, länger als 8 Stunden täglich arbeiten zu lassen mit der Begründung, daß das Leben teuer und der Winter für den Maler sehr lange ist.

Nach noch eine andere Kategorie von Geistes ist es heute (auch organisiert), die sich persönlich und schriftlich anbieten, um jeden Lohn zu arbeiten, nur um einigermaßen ein Einkommen zu haben. Sind auch hier die Meister und deren Organisation schuld? Jeder Stand macht seine Interessen. Jeder Stand aber nun jede Gelegenheit zur Stimmungsmaße wahrnimmt, hilft aber zum Entzweien, statt zum Einigen.

Wenn s. Zt. 95 Prozent aller Malergehilfen arbeitslos sind, so sind das nicht allein die Früchte der Verleumdungsjücherei. Wenn der Malerberuf bis 1925 mit 60 Prozent Arbeitsträften überlastet ist, wie der Verfasser der Erwiderung im Volksfreund behauptet (ohne dies auszumitteln), so wäre von Meisterseite vorzuschlagen, daß die der Erwiderung angeführte Berufsberatung für das Malergewerbe, Karlsruhe, Schließung 16 ihre Beratungskunden in der Umgebung von Karlsruhe abhält, um zu bemerksamen, daß das dort stammende und alljährlich sich einfindende Ueberangebot an Malergehilfen unterhalten wird. Dadurch wäre auch gleichzeitig zu erreichen, daß das Intelligenzniveau im Malerberuf etwas gehoben würde, woran Meister und Gehilfen ein gleiches Interesse haben dürften. Weiter wäre jene Junge der Umgebung nicht mehr dauernd, um als Malerlehrling in Karlsruhe arbeiten zu können, täglich bis 16 Stunden unterwegs zu sein, wie der Verfasser der Erwiderung im Volksfreund Nr. 36 errechnet hat.

In einem Punkt kann man mit dem Verfasser der Erwiderung einig gehen, und das würde viel zur Befreiung der Verleumdungsjücherei beitragen, die Mahnung an die Eltern jugendlicher Lehrlinge: Seht euch Lehrer und Lehrstelle vor! Abgleich des Lehrlings mit Malerarbeit vorzunehmen, das verhängene Kleinmeister ihre Forderungen ohne Entgelt im Winter wochenlang nach Hause schicken. Die Bedienung des Verfassers im Artikel Erwiderung, daß durch Umfrage bei den Eltern der Lehrlinge sich ergeben hätte, daß ein Drittel der Lehrlinge (welcher?) dieses Los trifft, ist reichlich übertrieben. Man sollte nicht in allen Fällen so sehr die große Volkswirtschaft; denn gerade in dieser Angelegenheit könnte auch Unwissenheit für eine politische Partei entstehen, wenn die Verleumdung der Namen jener Uebelthäter stattfände.

Wenn man, wie es gerade in Karlsruhe der Fall ist, dazu übergeht, eine bessere gegenseitige Verständigung in Standesfragen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Malergewerbe zu ermöglichen, so muß auf jeder Seite volle Sachkenntnis gewahrt werden. Gegenseitig werden stets vorhanden sein, aber selbst diese müssen geachtet werden. Die Erwiderung in Nr. 36 des Volksfreunds ist aber dazu angetan, die Meinung in Elternkreisen aufkommen zu lassen, die Meisterorganisationen, die Verleumdungsjücherei und die Arbeitseilfertigkeiten bittend, in jeder Entgegenstellung den Kampf anzulegen. Dies entspricht ganz und gar nicht dem wahren Sachverhalt; denn gerade die Malermeister im „Malermeister“ führen einen ererbten Kampf mit dem Gebiete des Verleumdungswesens. Es wäre zu empfehlen, den Artikel „Neueinstellungen von Lehrlingen im Malergewerbe“ in Nr. 36, Jahrg. 1931 der Malermeister aus derselben Feder in der Erwiderung zu berücksichtigen, um damit das Gegenteil zu bewerkstelligen. Schluss und kein weiterer Zeitungsstoff. Und, nun persönliche Angelegenheit, das nächste Mal mehr Sachlichkeit; denn auch die freie Republik gestattet, daß man dem Unrecht entgegensteht.

K. Haag, Malermeister

Vorsitzender des Bezirkes Karlsruhe im Bad. Maler- und Lünchermeisterverband.
Vorsitzender der Malermeister-Vereinigung Karlsruhe.

Zu der obigen Erwiderung kann sich der Artikelverfasser in der Nr. 36 des Volksfreundes „Arbeitszeit und Jurisferei“ im allgemeinen einverstanden erklären, daß in der Erwiderung nur das Ausdrück kommt, was auch in dem erwähnten Artikel vom Artikelverfasser kritisiert wurde. In dem Artikel vom 12. Januar 1931 des Volksfreundes wurde das inhaltlose, unrichtige Urteil des Amtsgerichts Karlsruhe hart angegriffen (siehe Seite 11). Da auch wir dort für ein objektives Urteil eintraten. In der Erwiderung wird aber selbst ausgegeben, daß auch in der zweiten Instanz ebenfalls sachgemäß verfahren wurde. Sollte der Verfasser der obigen Erwiderung im Organ Der Malermeister keine Mißbilligung zeigen, so ist es nicht die erste Instanz, in der selben Form wie er gegen die Urteile der ersten Instanz, um Ausdruck gebracht, so nicht der Artikel im Volksfreund nicht erschienen.

Es ist richtig, daß Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in Befähigung des Verleumdungswesens im Malergewerbe, gerade in Karlsruhe eine gemeinsame Abwehrfront bilden. Auch soll betont werden, daß der Verfasser der obigen Erwiderung in der Presse keine Kollegen einen harten Kampf zu führen hat in der Sache des Verleumdungswesens. Durch seine erbliche Auffassung in der Befähigung des Verleumdungswesens im Malergewerbe, war es möglich, eine gemeinsame Aktion zu dessen Befähigung zu schaffen. Da die erbliche Einstellung des Genannten, in der Verleumdungsjücherei in der Arbeitseilfertigkeiten zu fördern wollen, konnten wir nicht recht nicht die erwünschte Stellungnahme veröffentlichen.

Bemerklich ist noch: Es lag uns fern aus dem ebenhinüberdauernden Urteil, auch nach Agitationsmaterial zu schaffen, da wir auf jeden Agitationsstoff nicht angewiesen sind, um untern Kollegen die Not der Zeit bezeichnend zu machen.

Zum Schluss sei noch erwähnt: Die Arbeitnehmerorganisationen sind nicht nur auf dem Standpunkt, daß beide Parteien in der „Befähigung der Verleumdungsjücherei“ im Interesse des Bezirkes gemeinlich ein Stück Weg gehen können, wenn dadurch das oberste Ziel erreicht wird.

Verband der Maler, Ortsgruppe Karlsruhe

Aus der Stadt Durlach

Kinderfreunde-Besuch: Samstag abend 8 Uhr Sitzung im Durlacher Winterstübchen. Wie im Angehefteten ersichtlich, findet morgen Donnerstag die Ausgabe der Gutscheine der Winterstübchen im Rathaus, Zimmer 1, statt.

Hilfsveranstaltungen

Am letzten Sonntag vor hier den ganzen Nachmittag ein sehr starkes Polizeiaufgebot mit Kraftwagen herbeigekallt, wie man später hörte, wegen einer nationalsozialistischen Versammlung im Hohenwiesenthal. Abends, nach Eintritt der Dunkelheit, wurden dann einige Postkaffeehäuser mit Hitzern und zwar in voller Form und mit grobem Gefährde durch die Hauptstraße. Der Hitzern konnte, ohne daß die Polizei Anstalten machte, über die Straße hinweg entlaufen. Der nächste wurde gefasst. Der Führer zur Polizeimache geführt, vermutlich Personalführer, und dann wieder entlassen. Die Hitzernform fand anschließend keine Beachtung. Auch im Polizeibericht ist nichts erwähnt. Ueber diese auffällige Zurückhaltung der Polizei denkt man sehr Bestrebendes und manchmal recht laut.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall

In Durlach ereignete sich am Dienstag vormittag auf der Haupt-... zwischen einem PKW und einem Straßenbahnwagen der Linie 1.

Erhebung einer Vermisstenanzeige

Der im Januar vermisst gemeldete Wilhelm Koch aus Durlach ist... ermittelt worden.

Sachbeschädigung

In der Nacht zum Dienstag wurde der Gartenzaun einer Giecherei... Schaden von 100 M.

Diebstähle

Einer Frau wurde in einer Wirtschaft in der Waldhornstraße... Schaden von 100 M.

Festgenommen

Am Dienstag insgesamt 12 Personen wegen verschiedener... Handlungen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der Hochdruckkern, der sich in den letzten Tagen über dem Mittel-... wird sich in seinem Nordrande von Atlantik nach Ost nach Deutschland ausbreiten.

Wasserstand des Rheins

Stapel 2: Weidbach 103, Gef. 4; Schutterinsel 57, Gef. 1; Rehl 209, Gef. 5; Marau 383, Gef. 4; Mannheim 277, Gef. 4; Caub 210, Gef. 2 Zentimeter.

Lichtspielhäuser

Der Liebesart in den Palast-Vorstellungen

Eine unterhaltliche, lustige Geschichte, in der Harry Liedtke... die Hauptrolle spielt. Sie spielt hinter den Kulissen und auf der Bühne eines Variété-Theaters.

Veranstaltungen

Am Sonntag, 2. März, im Eintrachtssaal, abends 8 Uhr, der zweite Liebesart... von Herrn Komann.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Lebende und Beerdigungsseiten, 23. Februar: Hugo Weidmann, 63 Jahre, abgest. 24. Februar, 11.30 Uhr.

Gemeindepolitik

Tagung in Friedrichstal

Am Sonntag, 22. Febr., hielten die Gemeindevorsteher der acht... in Friedrichstal im Rathsaal eine Besprechung ab.

Gemeinderatsbeschlüsse

Berghausen (Sitzung vom 20. Februar) Eine Schenkung betr. Kapitalaufnahme wurde beschlossen, sowie eine Schenkungsübertragung vorgenommen.

Beitrag. Hier wird in den nächsten Tagen der neugewählte Gemeinderat... in Friedrichstal zusammentreten.

Volkswirtschaft

Arbeitsaufnahme bei der Waggonfabrik Kattar. Auf Grund des vorliegenden... werden 100 Arbeitern über die bereits neuangelegten 200 Arbeiter hinaus.

Konzerte

Erstes Kammerkonzert des Philharmonischen Orchesters. Alles und neues hat der Leiter der Philharmonischen Orchesterserie Kapellmeister Seebor von der Fiole auf dem Programm.

Klavierabend Anna Kremar. Das Dresdener Streichquartett brachte vor ein paar Tagen mit Anna Kremar das 8-stimmige Klavierquartett von Brahms zur Aufführung.

Letzte Nachrichten

Hausjuchungen bei Freiburger Nationalsozialisten

Freiburg, 25. Febr. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Kriminalpolizei in 4 Fällen bei Funktionären der nationalsozialistischen Bewegung Hausjuchungen vorgenommen.

Sicherungen gegen Agrarermächtigung

Berlin, 25. Febr. (Funkdienst.) Das Ermächtigungsgesetz zur Agrarpolitik soll in der Hauptsache drei Arten von Ermächtigungen enthalten: Eine zur Verlängerung bestehender Ermächtigungen, eine zweite zur Aufhebung von Zulassungen (Schmalz und Speck) und eine dritte generelle Ermächtigung zur Erhöhung oder Senkung aller Zolltarifpositionen auf 1 Jahr.

Das Ergebnis der Flottenverhandlungen

Paris, 25. Febr. (Funkdienst.) Die englisch-französischen Verhandlungen ergaben: Die französische Gesamttonnage wird um 10 000 Tonnen auf 630 000 Tonnen vermindert.

Bekämpfter Schiedsspruch

Der in der vorigen Woche ergangene Schiedsspruch für den Weinhandel im Handelskammerbezirk Laub ist sowohl von den Arbeitgebern wie auch von den Arbeitnehmern angenommen worden.

Der inner Devisennotierungen (Mittelfuß)

Table with 4 columns: Location, 24. Febr., 23. Febr. (Gold, Brief). Rows include Amsterdam, Italien, London, Hamburg, Prag, Schweden, Spanien, Stockholm, Kopen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Generalversammlung

Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Friedrichshof“ Generalversammlung. Vorläufige Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kasienbericht.

Gruppe sozialistischer Gewerbetreibender und Handwerker. Donnerstag, 26. Februar, findet abends 8 Uhr im Lokal zur Deutschen Eiche, Aargartenstraße 60, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt.

Beitrag Mittel- und Südwürttemberg

Donnerstag, 26. Februar, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung in der Gambirusschule.

Frauentreffung Beirat Mitt., Mittel- und Südwürttemberg

Donnerstag, 26. Februar, abends 8 Uhr, im Büro der Arbeiterwohlfahrt, Karl-Friedrich-Straße 22, Lelebach. Es wird gelesen aus dem Buch „Eines Menschen Weg“.

Arbeiterwohlfahrt. Die Genossinnen des Vorstandes treffen sich heute abend Punkt 7/8 Uhr (vor der Generalversammlung der SPD) im Friedrichshof.

SWK. Ältere Gruppe. Donnerstag abend 8 Uhr im Jugendheim Zusammenkunft (Eperantostimmer).

Auskünfte

B. W. 254. Es sind, wie uns auf Anfrage mitgeteilt wird, ganz bestimmte Richtlinien zugrunde gelegt. Die arbeitslose Zeit kommt natürlich in Abzug.

Veranstaltungen

Mittwoch, 25. Februar: Badische Landesbibliothek: Marateteleskop in „Hermes“ 20 Uhr. Badische Philharmonie: Konzert, 20.30 Uhr.

Dereinsanzeiger

Stadtausflug für Arbeiterport und Jugendpflege kommenden Samstag, 28. Februar, im Volkshaus (Konferenzzimmer) wichtige Vorstandssitzung.

